



>> NEWSLETTER AUS MADRID

>> *Spanien erwartet „heißen Herbst“ für Zapatero*

Nach dem Ende der Sommerpause bereitet sich das politische Spanien auf einen spannenden Herbst vor. Neben den Dauerthemen illegale Einwanderung und Verhandlungen mit der ETA wird auch der Wahlkampf für die katalanischen Regionalwahlen Anfang November für erheblichen Zündstoff sorgen. Zudem stehen wichtige Gesetzesvorhaben auf dem Programm. Eines der Prestigeprojekte von Regierungschef José Luis Rodríguez Zapatero (Foto) ist das „Ley de Dependencia“, ein Pflegegesetz für Hilfsbedürftige, die durch finanzielle Mittel oder direkte Dienstleistungen im alltäglichen Leben unterstützt werden sollen. Dieses Projekt hatte Zapatero bereits im Wahlkampf als eine seiner wichtigsten Prioritäten bezeichnet. Auch das geplante Gleichstellungsgesetz, das Spanien im Zuge der Antidiskriminierungsrichtlinien der EU national umsetzen muss, ist für das Image der sozialistischen Regierung von enormer Bedeutung. Zapatero hatte immer wieder betont, wie sehr ihm die „Ausweitung der sozialen Rechte“ sowie die Angelegenheiten gesellschaftlich benachteiligter Personengruppen am



Herzen lägen. Darüber hinaus soll endlich das längst überfällige Parteienfinanzierungsgesetz, welches die Praxis der anonymen Spenden einschränken soll, verabschiedet werden. Weiterhin steht eine Reform des Verfassungsgerichts auf dem Programm, um Verfahren zu beschleunigen und das Gericht angesichts des aktuellen Prozessstaus vor dem Kollaps zu retten.

Spannend wird bei den Vorhaben insbesondere, inwiefern die Regierungspartei PSOE ihre Vorstellungen im Parlament durchzusetzen vermag. Denn Zapateros Minderheitsregierung kann nach dem Zusammenbruch der Regierungskoalition zwischen Sozialisten und ERC in Katalonien auch in Madrid nicht mehr auf die treue Unterstützung der katalanischen Linksnationalisten (ERC) zählen. Zwar hat sich die katalanische CiU als Ersatz angeboten; doch eine allzu enge Zusammenarbeit mit den Liberalkonservativen würde den zweiten wichtigen Partner, die Vereinigte Linke (IU), vergraulen. Auch die baskischen Nationalisten von der PNV sind alles andere als ein verlässlicher Partner. Angesichts der unsicheren Mehrheiten geht die PSOE daher sogar auf den politischen Hauptgegner, die konservative

Herzen lägen. Darüber hinaus soll endlich das längst überfällige Parteienfinanzierungsgesetz, welches die Praxis der anonymen Spenden einschränken soll, verabschiedet werden. Weiterhin steht eine Reform des Verfassungsgerichts auf dem Programm, um Verfahren zu beschleunigen und das Gericht angesichts des aktuellen Prozessstaus vor dem Kollaps zu retten.

Volkspartei, zu. Die Zeitungen berichteten kürzlich von einem Treffen zwischen dem sozialistischen Fraktionschef Diego López Garrido und seinem Counterpart von der PP, Eduardo Zaplana. Dabei wurde die Möglichkeit von Kompromissen bei den im Herbst anstehenden Gesetzesvorhaben sondiert. Zaplana (Foto) erklärte anschließend, seine Partei sei offen für Gespräche. Allerdings vermutet die



PP hinter dem Angebot eine politisches Manöver der Regierung, um die bisherigen Partner unter Druck zu setzen. Eine ernsthafte Bereitschaft Zapateros, auf die Forderungen der PP einzugehen, wird bezweifelt. Hatten die Sozialisten bisher doch alles versucht, um die Volkspartei im Parlament zu isolieren.

Vor diesem Hintergrund ist fraglich, ob die Regierung ihre geplanten Gesetzesvorhaben durchsetzen kann. Der Entwurf des "Gesetzes zur historischen Erinnerung", das u.a. die Opfer des Bürgerkriegs und der Franco-Diktatur entschädigen soll, wurde aufgrund der starken Kritik von links und rechts schon in der Sommerpause derart verwässert, dass von den ursprünglichen Regierungsplänen nur noch Reste übrig sind. Inzwischen spekulieren die spanischen Zeitungen sogar schon darüber, wie Zapatero überhaupt eine Mehrheit für den Haushalt 2007 zusammenbringen will. Angeblich hat der Regierungschef wegen der prekären Lage schon seinen "Joker" María Teresa Fer-

nández de la Vega, ihres Zeichens stellvertretende Ministerpräsidentin und Spezialistin für Sonderaufgaben aller Art, darauf angesetzt, den neuen Fraktionschef López Garrido bei der Organisation parlamentarischer Mehrheiten zu unterstützen. Dieser pflegt anders als sein Vorgänger Alfredo Pérez Rubalcaba, der jetzt das Innenministerium leitet, kein gutes Verhältnis zur ERC, dem bisherigen Hauptpartner der PSOE. Rubalcaba, der als mit allen Wassern gewaschenes Verhandlungsgenie gilt, dürfte mit den ETA-Verhandlungen zu sehr ausgelastet sein, um sich auch noch in den Zeitraubenden parlamentarischen Kuhhandel einzuschalten. Die Regierungsfähigkeit Zapateros wird angesichts dieser Situation im kommenden Herbst auf eine Nagelprobe gestellt – Spannung scheint garantiert.

>> **Verzweifelte Suche Spaniens nach einer Lösung des Flüchtlingsproblems**

Die spanische Regierung steht dem massiven Zustrom von Bootsflüchtlingen auf die kanarischen Inseln zunehmend ratlos gegenüber. Im Laufe des Jahres sind bereits über 18.500

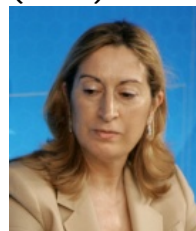


Bootsflüchtlinge angekommen; allein im August 2006 verzeichnen die Statistiken knapp 5.000 Flüchtlinge – mehr als im gesamten Vorjahr. Nach offiziellen Angaben sind

während der gefährlichen Überfahrt in kleinen Booten von der afrikanischen Küste zu den Kanaren 590 Menschen im Meer ertrunken; Hilfsorganisationen sprechen sogar von bis zu 3.000 Toten. Angesichts dieser Zahlen hat die spanische Regierung eine diplomatische Offensive angekündigt, um die europäischen Partner für die Herausforderung der illegalen Immigration zu sensibilisieren und mehr Unterstützung von europäischer Seite zu erhalten. Schließlich sei die illegale Einwanderung an Spaniens Küsten keine rein spanische Angelegenheit, sondern betreffe die Europäische Union als ganzes, so die Regierung. Die stellvertretende Ministerpräsidentin María Teresa Fernández de la Vega, Zapateros Frau für schwierige Missionen, reiste in diesem Kontext vergangene Woche zu Gesprächen nach Helsinki und nach Brüssel. Ziel der Treffen mit Vertretern der finnischen EU-Ratspräsidentschaft und der Europäischen Kommission war insbesondere eine Aufstockung der EU-Mittel zur Bekämpfung der illegalen Einwanderung. So soll die europäische Grenzschutzbehörde Frontex nach dem Willen der Spanier stärker am Schutz der Außengrenzen und Küsten Spaniens – und damit der Europäischen Union – beteiligt werden. Um den Flüchtlingsstrom zu bremsen, hatte die EU zwei Patrouillenboote und zwei Hubschrauber sowie eine Reihe von Grenzschutzbeamten zugesagt, welche bei der Überwachung des Seewegs zwischen Afrika und den Kanaren mithelfen sollen. Ob Spanien dar-

über hinaus kurzfristig mit weiteren EU-Mitteln rechnen kann, ist mehr als fraglich. Kommissionssprecher Friso Roscam erklärte, über die 3 Millionen Euro, die für die Frontex-Mission zugesagt wurden, stünden in diesem Jahr keine weiteren Mittel zur Verfügung, da das im EU-Haushaltsplan 2000-2006 vorgesehene Budget bereits ausgeschöpft sei. Erst ab 2007 könne Spanien mit weiteren EU-Hilfen rechnen und davon profitieren, dass die Mittel zur Eindämmung der illegalen Einwanderung für die neue Haushaltsperiode ausgeweitet wurden. Mit dieser Feststellung gibt sich die spanische Regierung jedoch nicht zufrieden. Fernández de la Vega kündigte die Einberufung einer Sonderkonferenz zum Problem des Flüchtlingsstroms aus Afrika an, an der alle EU-Mittelmeeranrainer teilnehmen sollen. Ziel ist die Ausarbeitung eines gemeinsamen Vorschlags zur Kontrolle der illegalen Immigration an den Südgrenzen Europas.

Von Oppositionsseite wird die jüngste diplomatische Offensive der Regierung als hektischer Aktivismus und Bankrotterklärung der eigenen Einwanderungspolitik kritisiert. Die sozialpolitische Sprecherin der Volkspartei Ana Pastor (Foto) erklärte, zwar sei mehr Hilfe



von den europäischen Partnern wünschenswert, doch liege die Lösung der Flüchtlingskrise nicht in der EU, sondern in den Herkunftsländern. Pastor warf der Regierung zudem vor, die Einwan-

derungspolitik in ein einziges Chaos verwandelt zu haben, da die Zuständigkeiten über mehrere Ministerien aufgeteilt wurden. Der ohne Absprache mit den EU-Partnern in Gang gesetzte Legalisierungsprozess, in dessen Rahmen vergangenes Jahr fast 700.000 Illegale in den Genuss von Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigungen gekommen waren, habe wie ein Magnet auf Ausreisewillige gewirkt und den Flüchtlingsstrom nach Spanien weiter angeheizt, betonte Pastor. Damals hätte man eine Abstimmung im Rahmen der EU nicht einmal in Betracht gezogen, heute würde man sie um Hilfe anbetteln, kritisierte die PP-Politikerin weiter. Die Volkspartei wirft der sozialistischen Regierung zudem vor, sie wolle sich durch die Reisediplomatie der Vizeministerpräsidentin aus der Verantwortung für die eigenen Verfehlungen in der Einwanderungspolitik stehlen und den "schwarzen Peter" der EU zuschieben.

>> **Wahlrechtsreform für Ausländer aus Nicht-EU-Ländern**

Die linksgerichteten Parteien Spaniens PSOE und IU-ICV präsentierten am 16. August 2006 ihren Vorschlag zur Wahlrechtsreform, die es in Spanien gemeldeten Nicht-EU-Bürgern ermöglichen soll, an den Kommunalwahlen teilzunehmen. Momentan dürfen neben rund 900.000



in Spanien gemeldeten EU-Bürgern auch Norweger aufgrund eines bilateralen Vertrags wählen, welchen die Verfassung als Bedingung vorschreibt. Diese besagt, dass Nicht-EU-Bürger nur dann an den Kommunalwahlen teilnehmen dürfen, wenn Spaniern in den jeweiligen Ländern das gleiche Recht zukommt. Mit Argentinien, Venezuela, Chile, Uruguay und Kolumbien bestehen bereits solche Verträge, die jedoch noch nicht ratifiziert sind. Die Zapatero-Regierung will noch vor den Wahlen im Mai 2007 die Verträge mit den lateinamerikanischen Staaten abschließen. Allerdings ist nicht sicher, ob die Wahlrechtsreform bis Mai nächsten



Jahres Gesetz wird.

So betonte Zapateros Stellvertreterin, María Teresa Fernández de la Vega (Foto), es sei trotz allen politischen Willens „höchst unwahrscheinlich“, dass ein Gesetz in dieser kurzen Zeit verabschiedet werden könne. Insgesamt würde die Reform eine neue Wählerschaft von ca. zwei Millionen Menschen erschließen, davon rund 300.000 aus Lateinamerika. Laut El País könnte sich durch diese Neuwähler die politische Konstellation in vielen Wahlkreisen ändern. Hinzu kommt die Ungewissheit über das Wahlverhalten derjenigen, die erst vor kurzem ihre spanische Staatsangehörigkeit erhalten haben und zum ersten Mal wählen werden. Auch die Parteipräferenzen der Staatsangehörigen der 10 neuen EU-Mitgliedsstaaten sind schwer

abzuschätzen. Trotz dieser großen Unsicherheiten unterstützen die großen Volksparteien PSOE und PP die Wahlrechtsreform, da sie sich davon Wählerstimmen erhoffen.

>> ETA erhöht Druck auf die Regierung Zapatero

Angesichts des stockenden Verhandlungsprozesses zwischen der baskischen Terrororganisation ETA und der Regierung Zapatero zur Beendigung des Terrors im Baskenland erhöhten die radikalen baskischen Nationalisten und ETA in den vergangenen Wochen den Druck auf die Regierung, Zugeständnisse zu machen. Nachdem die ETA mit neuen Anschlägen gedroht hatte, falls die Regierung ihre polizeilichen und gerichtlichen Maßnahmen gegen die ETA und ihren politischen Arm Batasuna nicht einstelle, kam es wieder zu Anschlägen im Baskenland. Bei von der ETA gesteuerten Straßenkrawallen wurden Container und ein Bus angezündet; die Flammen griffen auf in der Nähe geparkte Autos über und richteten beträchtlichen Sachschaden an. Verletzt wurde aber niemand. Angesichts des Wiederauflebens des Straßenterrors forderte die oppositionelle PP Zapatero auf, den „sog. Friedensprozess“ aufzugeben, was die Regierung aber ablehnte.

Zugleich kam es in den vergangenen Wochen wiederholt zu Demonstrationen baskischer Separatisten, an denen auch Schlüsselpersonen der verbotenen Batasuna teilnahmen. Da der Aufruf zur

Demonstration nicht direkt von der Batasuna ausging, waren die Veranstaltungen, auf denen die Teilnehmer dann die Unabhängigkeit des Baskenlandes und die Freilassung der ETA-Häftlinge forderten, von den Gerichten nicht verboten worden.

Angesichts dieser Entwicklung forderte der Chef der Baskischen Nationalistenpartei PNV, Josu Jon I-maz (Foto), die Regierung Zapatero auf, die konkreten "Friedensverhandlungen"



mit der ETA endlich aufzunehmen. Es sei nun die Zeit gekommen, mehr Bewegung in den Prozess zu bringen. Ein erster Schritt, so I-maz, bestehe darin, ETA-Häftlinge in baskische Gefängnisse zu verlegen. Dies sei ratsam, um den zwischenzeitlich entstandenen Druck "in diesem Teil der Welt" abzubauen und den Friedensprozess



nach zwei Monaten Stillstand wieder anzukurbeln, so der PNV-Politiker. Ganz anders äußerte sich die baskische PP-Vorsitzende María San Gil (Foto). Sie zeigte sich angesichts des dreisten Auftretens der ETA-Partei Batasuna, die straflos und unbehelligt öffentliche Veranstaltungen organisiere, perplex. San Gil sprach von einer "demokratischen Enttäuschung" darüber, dass Batasuna aufgrund der Untätigkeit der Zentralregierung und der Staatsanwaltschaft wieder offen agieren könne. Jeder im Baskenland wisse, dass die De-

monstrationen von der illegalen Batasuna organisiert würden; die Organisation habe sogar mit Plakaten dafür geworben. Doch die Regierung drücke beide Augen zu, um den Verhandlungsprozess nicht zu stören. Mit dem nachlassenden Ermittlungsdruck gegen ETA und Batasuna – offenbar politisch gewollt – werde der Rechtsstaat ausgehöhlt und eine der wichtigsten Forderungen der Terrororganisation bereits jetzt erfüllt, so die Kritik der PP-Politikerin. San Gil forderte die Regierung auf, die Verhandlungen mit ETA abzubrechen und keinen politischen Preis für das Ende des Terrors zu zahlen.

>> **Barcelonas Bürgermeister Joan Clos wird neuer Industrieminister**

Die Kandidatur des aktuellen Industrieministers José Montilla als Spitzenkandidat der Sozialisten bei den Regionalwahlen Anfang November in Katalonien macht eine erneute Kabinettsänderung notwendig. Montilla wird voraussichtlich Ende dieser Woche seinen Rücktritt einreichen, um sich ganz auf den Wahlkampf zu konzentrieren. Nachdem lange Zeit der Staatssekretär im Wirtschaftsministerium David Vergara als Nachfolger gehandelt wurde, benannte Regierungschef Zapatero jetzt völlig überraschend den Bürgermeister Barcelonas Joan Clos (hier rechts im Foto mit José Mon-



tilla) als neuen Industrieminister. Da der promovierte Mediziner Clos im Bereich der Energiepolitik, eine Kernaufgabe des Industrieministeriums, keinerlei Referenzen vorzuweisen hat, hatte eigentlich niemand den Bürgermeister auf der Rechnung. Kritiker und Medien vermuteten, die katalanischen Sozialisten hätten einen bequemen Weg gesucht, den umstrittenen Bürgermeister loszuwerden. Diesem wird selbst von Parteifreunden eine dürftige Bilanz bescheinigt. Es wird daher spekuliert, dass Clos das Ministeramt nur bis zur nächsten Wahl behalten wird. Die Volkspartei nahm die Ernennung zum Anlass scharfer Kritik. Ihr Sprecher Alberto Fernández Díaz erklärte, es sei nicht akzeptabel, dass Zapatero aus wahltaktischen Gründen "gescheiterte Minister durch gescheiterte Bürgermeister" ersetze und sich mehr an den Interessen der Partei als am Gemeinwohl orientiere.

>> **Spanien entsendet Erkundungstrupp in den Libanon**

Verteidigungsminister José Antonio Alonso hat 24 Soldaten in den Libanon geschickt, um die Dislozierung von spanischen Truppen in der Region zu erkunden. Ziel der Aufklärungsmission ist es, mit Vertretern von UNIFIL, Zivilbehörden und der libanesischen Armee über die Sicherheitslage Gespräche zu führen und anschließend einen Bericht über die Erkenntnisse zu

erstellen. Alonso hat angekündigt, dem spanischen Parlament am 7. September den Bericht vorzulegen, wenn über die Beteiligung spanischer Truppen an der UNIFIL-Aktion abgestimmt werden soll. Angedacht ist die Entsendung eines Marineinfanteriebataillons aus Cádiz. Oppositionsführer Mariano Rajoy hat sich indes gegen die Entsendung eines spanischen Kontingents in Libanon ausgesprochen. Mit dieser Entscheidung stationiere er Truppen in der „schlimmsten Kriegsregion der Erde“, so Rajoy.

>> Zapatero wegen Privatreise in der Kritik

Für Wirbel sorgte kürzlich ein Kurztrip Zapateros nach Berlin. Der Regierungschef war auf Einladung der Barenboim-Stiftung mit seiner Ehefrau Sonsoles Espinosa zu einem Konzert gereist. Pikanterweise sang seine Frau im Chor mit. Medien wie Opposition fragten nach dem Charakter der Reise, nachdem drei verschiedene Versionen zirkulierten: privat, dienstlich und protokollarisch. Die PP kritisierte die Nutzung des Dienstflugzeugs für Privatzwecke und erinnerte Zapatero daran, dass er selbst einen „Ethikkodex“ für seine Regierung eingeführt hatte, nach dem dienstliche und private Reisen strikt zu trennen sind. Die PP fordert von Zapatero nun die Rückerstattung der Kosten an die Staatskasse.

Schon vor einigen Wochen war der Regierungschef in die Kritik geraten, weil er mit seiner Familie auf Staatskosten zu einem Einkaufs-

bummel nach London gereist war; auch damals konnte Zapatero keine einleuchtenden dienstlichen Gründe geltend machen. In der Sommerpause sorgte zudem der Tauchkurs seiner Frau auf den kanarischen Inseln für Unmut, der von einem immensen Sicherheitsaufgebot der kanarischen Küstenwache begleitet wurde, die das Tauchgebiet überwachte. Zeitgleich fehlten die Boote an anderer Stelle, um der Flut von Flüchtlingsbooten zu begegnen. Für Medien und Opposition ist dieses Verhalten Zapateros, der seinem Vorgänger José María Aznar (PP) einen monarchischen Regierungsstil vorgeworfen und bei seinem Amtantritt einen „neuen Politikstil“ versprochen hatte, natürlich ein „gefundenes Fressen“. Zapateros Image als „Saubermann“ hat jedenfalls erste Kratzer erlitten.

>> Prioritäten der portugiesischen EU-Ratspräsidentschaft

Portugals Außenminister, Luís Amado (Foto), äußerte sich kürzlich zu den inhaltlichen Prioritäten der portugiesischen EU-Ratspräsidentschaft. Portugal wird im zweiten Halbjahr 2007 nach Deutschland die Präsidentschaft innehaben. Schon jetzt ließ Amado verlauten, dass Portugal stärkere und kohärentere diplomatische Beziehungen zum Nahen Osten und Afrika zum Schwerpunkt seiner Präsidentschaft machen werde. In



einem Interview mit der portugiesischen Zeitung Lusa betonte der Außenminister, dass die Befriedung des Nahen Ostens in der politischen Verantwortung aller läge. Amado nannte drei Hauptthemen, die in diesem Zusammenhang besondere Aufmerksamkeit verlangten: die Krise im Süd-Libanon, der Konflikt zwischen Palästinensern und Israel sowie das Atomprogramm Irans. Dabei unterstrich er, wie wichtig die Anerkennung der EU als Akteur auf der weltpolitischen Ebene sei, um das internationale System zu stabilisieren und ein ausgewogenes Kräfteverhältnis zu sichern. In Bezug auf Afrika betonte Amado, dass die EU sich nicht mit der Bekämpfung der illegalen Immigration im Rahmen einer restriktiven Einwanderungspolitik begnügen dürfe. Vielmehr müsse man die Probleme an der Wurzel packen und durch die Verbesserung der Lebensbedingungen vor Ort bekämpfen. Dieser Anspruch soll ein zentraler Punkt in der neuen strategischen Partnerschaft zwischen Europa und Afrika werden, die Portugal im Rahmen seiner Ratspräsidentschaft vorantreiben will.

>> Portugal führt Frauenquote ein



Am 8. August stimmte Portugals Staatspräsident Aníbal Cavaco Silva (Foto) dem neuen Gleichstellungsgesetz zu. Demzufolge müssen bei Wahlen künftig mindestens ein Drittel der Listenplätze von

Frauen besetzt werden. Damit reagiert Portugal auf die Antidiskriminierungsrichtlinie der EU, zu deren Umsetzung die Mitgliedstaaten verpflichtet sind. Die Regierung des sozialistischen Ministerpräsidenten José Sócrates hatte das Gesetz mit dem Ziel ins Parlament gebracht, Frauen stärker in die Politik einzu beziehen. Zunächst hatte der konservative Staatspräsident sein Veto eingelegt, da er die Sanktionen bei Nichtbeachtung der Regelung für zu scharf hielt. Es war vorgesehen, alle Listen, welche die Quoten nicht einhalten, von den Wahlen auszuschließen. Nach entsprechenden Abschwächungen der Sanktionen droht den Parteien nun die Kürzung der Gelder aus der Wahlkampfkostenersatzung, wenn sie die Quote missachten. Derzeit liegt der Frauenanteil im portugiesischen Parlament bei 21,7 Prozent (zum Vergleich: Deutscher Bundestag 31,6 Prozent).

Impressum:

Konrad Adenauer Stiftung e. V.
Außenstelle Madrid
Inhaltlich Verantwortlich:
Michael Däumer
Zusammengestellt:
Stefan Reith / Lisa Breuer
Design: Normann Kreuter
Postanschrift:
Plaza de Castilla, 3, 16-D 2
28046 Madrid, Spanien
Tel: (+34) 91 579 61 86
Fax: (+34) 91 571 86 12
Email: kasmad@gmx.net
Web: www.kas.de/espana